

## Politik

[zurück](#)

Innenpolitik

**Amtsgeheimnis: Kritik an neuem Gesetz**

Noch im Sommer soll die Regierung die Streichung des Amtsgeheimnisses aus der Verfassung beschließen. Es wird auch schon an Ausnahmeregeln gearbeitet, wo SPÖ und ÖVP sich weiterhin Geheimhaltung wünschen. Das sorgt nicht nur im Inland für Aufregung, auch aus dem Ausland kommt heftige Kritik.

Morgenjournal,  
16.6.2014

Externer Player

Bernt Koschuh

**Amtsgeheimnis in der Verfassung weltweit einmalig**

Es sei höchste Zeit, dass Österreich seine Verfassung ändere, sagte Helen Darbshire, Direktorin von Access-Info Europe. Die spanisch-britische Organisation setzt sich für die Rechte der Bürger und Steuerzahler auf Informationen vom Staat ein. "Österreich ist, so viel ich weiß, das einzige Land der Welt, wo das Amtsgeheimnis in der Verfassung steht", betonte Darbshire.

Deshalb liegt die österreichische Gesetzgebung in einem Ranking von Access Info Europe an letzter Stelle unter 98 Staaten. Dass nun ein Recht auf Information in der Verfassung kommen soll, sieht Darbshire als Schritt in die richtige Richtung, sie hat aber Bedenken. Etwa, weil Ausnahmen durch Bundes- oder Landesgesetze vorgesehen sind. "Wenn Sie ein zentrales Recht auf Information in der Verfassung haben, muss das doch über den anderen Gesetzen stehen", so Darbshire. Die Idee, dass andere Gesetze das Recht auf Information einschränken können, sei nicht akzeptabel.

**Expertin gegen pauschale Ausnahmeregelungen**

Die Expertin ist auch gegen pauschale Ausnahmeregelungen: "Wenn wir die Hygienekontrollen in Restaurants nehmen, dann sollte diese Woche die Liste der Restaurants, die kontrolliert werden, geheim sein - diese Woche. Aber nächste Woche - da habe ich als Bürger das Recht zu wissen, welche Restaurants kontrolliert wurden", beschreibt Darbshire das Problem. Es müsse also Flexibilität geben - bei der Einstufung, was wann geheim ist und auch unter welchen Umständen.

Darbshire fehlt da im Entwurf zur Verfassungsänderung die Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse und einem Geheimhaltungsgrund. "Angenommen, ich verweigere Ihnen eine Information, dann muss ich das begründen: Würde das wirklich eine wirtschaftspolitische

Entscheidung gefährden oder internationale Beziehungen belasten?", fragt sie. Selbst wenn, gebe es vielleicht ein größeres öffentliches Interesse an der Veröffentlichung, etwa daran, wie viel Geld eine Firma vom Staat bekommt. "Oft müsste die Entscheidung lauten: Ja, das Interesse an der Veröffentlichung überwiegt", so Darbshire.

### "Österreich soll sich an UNO orientieren"

Besorgniserregend findet Darbshire auch Vorschläge, wonach es bei nicht öffentlichen Parlamentssitzungen ein Twitter-Verbot geben soll und die vier Geheimhaltungsstufen für Dokumente.

"Offenbar gibt es da auch noch die Vorstellung von generellen Beschränkungen, was veröffentlicht werden darf und was nicht - und sogar strafrechtliche Sanktionen für Veröffentlichungen", stellt sie fest. Das entspreche nicht dem, was der Menschenrechtsgerichtshof sagt. Nämlich, dass alles öffentlich sein soll und es Ausnahmen nur in ganz bestimmten Fällen gibt.

Der Appell der Informationsfreiheitsexpertin und Aktivistin: Österreich soll sich an anderen Staaten und den Vorgaben von Europarat und UNO orientieren, um vom letzten Platz im Informationsfreiheits-Ranking vorzurücken auf einen der ersten Plätze.

zurück

16.06.2014

SOCIAL MEDIA



Empfehlen



Twittern



+1



## Mehr dazu in oe1.ORF.at



MO | 16.6.2014 | 7:00 Uhr

### Morgenjournal (I)

Im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine gibt es keine Lösung - das Ultimatum ist abgelaufen. Eine Studie zum Pensionssystem zeigt auf, das dieses nicht nachhaltig ist. Außerdem: Kritik am Gesetz zum Amtsgeheimnis, der blutige Terror im Irak, ...

[mehr ▶](#)

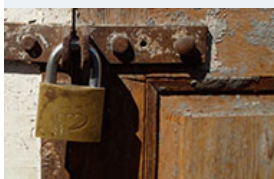
POLITIK  
Themen

UKRAINE

**EU-Kommissar Oettinger im Gasstreit zuversichtlich**

POLITISCHE BILDUNG

[alle Themen ▶](#)



### Amtsgeheimnis: Opposition lehnt Entwurf ab

Die Bürgerinitiative "Transparenzgesetz.at" ist mit dem Entwurf zur Reform des Amtsgeheimnisses unzufrieden und empfiehlt der Opposition nicht zuzustimmen. Dort stößt sie mit ihrer Forderung auf offene Ohren.

Externer Player

[mehr ▶](#)

- ▶ **Initiative Info-Pflicht statt Amtsgeheimnis**
- ▶ **Grüne gegen Amtsgeheimnis: Vorbild Hamburg**
- ▶ **Amtsgeheimnis: Baldige Lockerung fraglich**

oe1.ORF.at

RESSORTS

- ▶ Musik
- ▶ Kultur
- ▶ Journale
- ▶ Wissen
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Religion

Ö1 PLUS

- ▶ Club
- ▶ Kalender
- ▶ Shop
- ▶ RadioKulturhaus
- ▶ RSO Wien
- ▶ musikprotokoll

Ö1 SPEZIAL

- ▶ Hörspiel
- ▶ Feature
- ▶ Campus
- ▶ Talentebörse
- ▶ Ö1 macht Schule
- ▶ Kinder
- ▶ Quiz

Suchbegriff

Suchen

Ö1 ON DEMAND

- ▶ Downloads
- ▶ Podcasts
- ▶ Mobile Dienste
- ▶ Mitschnitte
- ▶ Newsletter
- ▶ Archiv

Ö1 RADIO

- ▶ Programm
- ▶ Sendereihen
- ▶ Themen
- ▶ Sendeschema
- ▶ Frequenzen
- ▶ Kontakt

